

Gruppe SPD, BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN, Die Partei im Rat der Stadt Hildesheim



Die PARTEI

<p>Beschlussvorlage</p> <p>Federführend: Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN</p>	<p>Vorlage-Nr: 24/221</p> <p>Status: öffentlich Datum: 24.05.2024 Verfasser/in: BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN</p>												
<p>Auf Antrag der Gruppe SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Die PARTEI: Berufsschulen</p>													
<p>Beratungsfolge:</p> <table style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <thead> <tr> <th style="text-align: left;">Datum</th> <th style="text-align: left;">Gremium</th> <th style="text-align: left;">Zuständigkeit</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>05.06.2024</td> <td>Ausschuss für Finanzen, Wirtschaftsförderung und Liegenschaften</td> <td>Vorberatung</td> </tr> <tr> <td>05.06.2024</td> <td>Ausschuss für Stadtentwicklung, Umwelt und Mobilität</td> <td>Vorberatung</td> </tr> <tr> <td>10.06.2024</td> <td>Verwaltungsausschuss</td> <td>Entscheidung</td> </tr> </tbody> </table>		Datum	Gremium	Zuständigkeit	05.06.2024	Ausschuss für Finanzen, Wirtschaftsförderung und Liegenschaften	Vorberatung	05.06.2024	Ausschuss für Stadtentwicklung, Umwelt und Mobilität	Vorberatung	10.06.2024	Verwaltungsausschuss	Entscheidung
Datum	Gremium	Zuständigkeit											
05.06.2024	Ausschuss für Finanzen, Wirtschaftsförderung und Liegenschaften	Vorberatung											
05.06.2024	Ausschuss für Stadtentwicklung, Umwelt und Mobilität	Vorberatung											
10.06.2024	Verwaltungsausschuss	Entscheidung											

Sachverhalt:

Um die notwendige Sanierung und Modernisierung der Gebäude der Walter-Gropius-Schule, der Werner-von-Siemenschule und der Herman-Nohl-Schule zeitnah in Auftrag geben zu können, ist eine schnelle Umsetzung der Grundstücksvereinbarung notwendig. Nur so kann der Berufsschulstandort Hildesheim gesichert und die Attraktivität erhalten werden. Zu berücksichtigen sind auch die verkehrlichen Anbindungen des neuen Schulstandorts. Der Landkreis prüft die rechtlichen und finanziellen Voraussetzungen zur Sicherstellung einer zusätzlichen Busanbindung durch den RVHi vom Hauptbahnhof zur Von-Thünen-Straße. In der Verantwortung der Stadt Hildesheim liegt der Ausbau des Radweges vom Bahnhof zum neuen Standort in der Von-Thünen-Straße.

Beschlussvorschlag:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, einen Erbbaupachtvertrag zwischen Stadt und Landkreis für den Erweiterungsbau der Berufsschule auf dem Grundstück in der Von-Thünen-Straße in Hildesheim vorzubereiten. Die Beschlussvorlage zum Erbbaupachtvertrag ist den zuständigen Gremien zeitnah vorzulegen. Basis für den Erbbaupachtzins ist der Verkehrswert des Grundstückes.

2. Die Verwaltung prüft die rechtlichen Voraussetzungen zur Übertragung des Grundstückes in der Rathausstraße für den sozialen Wohnungsbau nach dem Auszug der Berufsschule an die Stadt Hildesheim.

Die zuständigen Fachausschüsse werden über das Ergebnis informiert und fassen den entsprechenden Beschluss.

3. Der Landkreis hat ein Mobilitätskonzept für das Bauvorhaben im Stadtfeld erstellt. Die darin enthaltenen Maßnahmen sind zur Vermeidung der Auswirkungen des Verkehrs auf den Stadtteil umzusetzen, insbesondere

Gruppe

SPD, BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN, Die Partei

im Rat der Stadt Hildesheim

3.1 eine zusätzliche Busanbindung für die Beförderung der Berufsschüler*innen. Im Rahmen des Erbbaurechtsvertrags wird die Übernahme sämtlicher, zusätzlich entstehender Beförderungskosten durch den Landkreis verbindlich geregelt.

3.2 die Verbesserung der Radverbindung. Die Stadt Hildesheim stellt mit dem Haushalt 2026 Planungsmittel für einen Radweg vom Hauptbahnhof bis zur Von-Thünen-Straße ein und berücksichtigt investive Mittel in der mittelfristigen Finanzplanung für den Ausbau.

Anlagen:

///